UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Einundzwanzigstes Kapitel. England, Frankreich, Rußland: 18.Juni 1908 bis 16.Juli 1914

urn:nbn:de:hbz:466:1-73546

Visual Library

Einundzwanzigstes Kapitel.

England, Frankreich, Rußland.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 5./18. Juni 1908.

Während der Zusammenkunft unseres Kaisers mit König Eduard auf der Reede von Reval bin ich von Seiner Majestät empfangen worden und habe mit dem englischen Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir Charles Hardinge eine ganze Reihe längerer Unterredungen gehabt. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen zu Ihrer persönlichen Information vertraulich von einigen Einzelheiten dieses Gedankenaustausches Kenntnis zu geben.

Der allgemeine Eindruck, den diese Zusammenkunft hinterlassen hat, ist in politischer Hinsicht ein äußerst günstiger; König Eduard hat seine Genugtuung offen zum Ausdruck gebracht und erblickt in der Zusammenkunft eine Bestätigung und Befestigung des zwischen Rußland und England erzielten Übereinkommens, sowie ein Pfand für die weitere Solidarität der beiden Regierungen. Mit besonderer Genugtuung betonte Seine Majestät die glückliche Wendung in unserer inneren Politik und die Zustimmung, die die Tätigkeit des Staatssekretärs Stolypin in ernsten Kreisen Englands findet.

Die verschiedenen Erklärungen Hardinges zusammenfassend, muß ich vor allem betonen, daß seinerseits kein Versuch gemacht worden ist, den Boden konkreter Abmachungen, sowohl der schon bestehenden, als der in Aussicht genommenen, zu verlassen und uns in allgemeine politische Kombinationen zu ziehen. Sir Charles bestätigte, daß das Londoner Kabinett unsere Ansicht durchaus teile, daß die Entrevue in Reval den anderen

Staaten keinerlei Beunruhigung einzuflößen brauche; was speziell Deutschland anbelangt, so wünscht die englische Regierung aufrichtig, die allerbesten Beziehungen zu ihm zu unterhalten, und glaubt nicht, daß in allernächster Zukunft diese Beziehungen sich aus irgendeinem Grunde verschärfen werden. „Trotzdem", sagte mir Sir Charles Hardinge, „kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen kann; dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist." Diesen Gedanken hat Sir Charles mehrere Male wiederholt, wobei er augenscheinlich zu verstehen geben wollte, daß er nicht seine persönliche Meinung, sondern die bestimmte politische Überzeugung des Londoner Kabinetts zum Ausdruck bringt.

Zu den einzelnen Rußland und England interessierenden Fragen übergehend, sprach Sir Charles in warmen Ausdrücken von dem glücklichen Resultat der im vorigen Jahre unterzeichneten Übereinkommen, dank denen keine einzige in letzter Zeit zwischen Rußland und England entstandene Frage einen gefährlichen oder akuten Charakter angenommen habe. Seinen Worten zufolge hat nur dank der Konvention und der absoluten Loyalität, mit der Rußland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, der Zwischenfall an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken der indischen Truppen in Afghanistan geführt; das Londoner Kabinett schätzt unsere Haltung um so mehr, als von rein formaler Seite betrachtet die Konvention über Afghanistan, welche bis jetzt vom Emir nicht anerkannt wurde, noch nicht in Kraft getreten ist; die Handlungsweise Rußlands hat der englischen Zentralregierung die Möglichkeit gegeben, den Eifer der angloindischen Behörden zu dämpfen; jetzt ist das Londoner Kabinett ganz sicher, daß die Ereignisse an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken in Afghanistan führen werden. In einigen Wochen hofft er das formale Einverständnis des Emirs zu erhalten und uns mitteilen zu können.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was Persien anbelangt, so hat mir Sir Charles noch einmal wiederholt, daß seine Regierung fest entschlossen sei, in völligem Einvernehmen mit uns zu handeln. Unser Grenzzwischenfall flößt dem Londoner Kabinett keinerlei Beunruhigung ein, und es erkennt vollkommen die Zweckmäßigkeit unserer Handlungen an.

Besonders sorgsam ist die Frage der mazedonischen Reformen geprüft worden. Der lebhafte Gedankenaustausch hat zu einem Ergebnis geführt, das einer endgültigen Lösung sehr nahe scheint. Auf diese Weise sind die ursprünglichen Vorschläge Englands auf ein Maß beschränkt worden, welches, wie man hoffen darf, von den übrigen Mächten angenommen und der Pforte gemeinsam zur Kenntnis gebracht werden wird. Nachdem ein Einvernehmen mit England erzielt ist, wird das Petersburger Kabinett ein genaues Schema der Reformen ausarbeiten, welches dann gemeinsam von allen Staaten beraten und zum Ausgangspunkte eines gemeinsamen Schrittes der Botschafter in Konstantinopel gemacht werden soll.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Rom vom 20. November/3. Dezember 1908.

Ich glaube Ihnen über eine Unterredung berichten zu müssen, die ich mit dem hiesigen französischen Botschafter gehabt habe. Admiral Touchard hat mir, augenscheinlich im Auftrage seiner Regierung, vertraulich mitgeteilt, daß anläßlich des letzten Casablanca-Zwischenfalles der französische Botschafter in Rom, Barrère, aus sehr sicherer Quelle erfahren habe, Fürst Bülow und Baron Schön hätten in Rom zu verstehen gegeben, Deutschland habe von Rußland die Zusicherung erhalten, daß es sich in keinem Falle an einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich beteiligen würde.

Touchard zufolge hätten auch Sie davon gehört, es aber nicht für nötig befunden, diese Angaben zu widerlegen; die französische Regierung, fügte der Botschafter hinzu, schenkt natürlich derartigen Insinuationen keinen Glauben, hält es aber für ihre Pflicht, uns hiervon Mitteilung zu machen, falls wir es für nötig finden, die Sprache unserer Vertreter im Auslande in dieser wichtigen Frage festzulegen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich erwiderte Admiral Touchard, daß ich bis jetzt in Ihrer Korrespondenz keine Hinweise auf diese Angelegenheit gefunden habe; daß weder unsere allgemeine Haltung noch die unseres Botschafters in Berlin den geringsten Anlaß zu den von Barrère berichteten Insinuationen gäbe. „Sie wissen," sagte ich, „daß die genauen Bestimmungen unseres Abkommens mit Frankreich niemand bekannt sind; man weiß wohl, daß dieses Übereinkommen vor allem einen defensiven Charakter hat, aber der casus foederis kann nur den Gegenstand von Mutmaßungen bilden; andererseits muß man in Berlin wissen, daß die Vereinbarungen zwischen Rußland und Frankreich nicht verändert worden sind und immer noch die unveränderliche Grundlage unserer Politik bilden; dies ist noch einmal öffentlich in Reval diesen Sommer bestätigt worden und Deutschland hat von uns keinerlei Erklärungen, weder vor noch während des letzten Zwischenfalles verlangt. Es scheint mir übrigens, daß die deutschen Staatsmänner das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich als einen wichtigen Faktor des europäischen Gleichgewichtes betrachten; Fürst Bülow hat diesen Gedanken öffentlich im Parlament zum Ausdruck gebracht; was in Deutschland viel mehr beunruhigt und erregt, ist der Verdacht, daß unsere kürzliche Annäherung an England die Gefahr einer schon abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Tripelallianz gegen Deutschland in sich birgt. Ich habe es stets für nötig gehalten, gegen einen derartigen Verdacht einzuwirken; ich habe anläßlich meines letzten Besuches in Berlin nicht verfehlt, noch einmal zu wiederholen, daß unsere Abmachungen mit dem Londoner Kabinett nichts enthalten, was nicht öffentlich bekannt ist, und daß wir nicht die Absicht haben oder gehabt haben, einem „neuen" Bündniß gegen irgend jemand beizutreten; ich bin nicht sicher, das Berliner Kabinett überzeugt zu haben, denn auf der Tatsache einer „neuen Gruppierung der Mächte" und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, das Bündnis mit Österreich enger zu gestalten, basiert die deutsche Regierung ihre Haltung in der bosnisch-herzegowinischen Frage."

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen, was zu der von Barrère mitgeteilten Information hat Anlaß geben können. Ich brauche Ihnen nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu sagen, daß es nicht unseren Absichten entsprechen kann, daß an eine Schwächung unserer Bande mit Frankreich geglaubt wird, und bin ich ganz überzeugt, daß auch Sie von diesem Gedanken durchdrungen sind und ihn wenn nötig in entschiedenster Weise betonen werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1910.

Der König hat mir die Ehre erwiesen, mich heute morgen nach Marlborough House einzuladen. Seine Majestät hat ebenfalls die andern Botschafter in ganz privater Audienz empfangen.

Der König war sehr bewegt. Nach einigen kurzen Worten über seinen persönlichen Schmerz und einigen mir gegenüber geäußerten Liebenswürdigkeiten sagte mir der König, als ich die Beziehungen zwischen England und Rußland erwähnte, daß selbst zur Zeit, als diese Beziehungen lange nicht das waren, was sie hätten sein sollen, er stets gewünscht habe, daß die Schwierigkeiten beigelegt würden. Mit der größten Genugtuung habe er gesehen, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten; er hat auch jetzt den Wunsch, daß unsere Beziehungen in Zukunft freundschaftlich und vertraulich wie augenblicklich bleiben. Er wünscht vor allem, daß dieser befriedigende Zustand ein dauernder werde. „Was mich anbelangt," sagte der König, „werde ich mein ganzes Leben an der Erreichung dieses Resultats arbeiten."

Ich sagte Seiner Majestät, daß ich es sehr schätzen würde, wenn ich die Erlaubnis hätte, diese Worte meiner Regierung zu übermitteln. Der König gab seine Zustimmung. Die persönlichen Gefühle des Königs, solange er noch Thronfolger war, sind mir stets bekannt gewesen; jetzt aber, da sie am Tage nach seiner Thronbesteigung in überaus feierlicher Form wiederholt werden, scheinen mir seine Worte eine ganz besondere Bedeutung zu haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1910. — Nr. 125.

Hardinge hat mir heute morgen seine Ernennung zum Vizekönig von Indien mitgeteilt und hinzugefügt, daß, wenn

er auf seinem jetzigen Posten den Beziehungen zwischen Rußland und England habe nützen können, er jetzt mit dem festen Entschlusse nach Indien gehe, im selben Sinne weiterzuarbeiten, und daß er dort noch erfolgreicher zu sein hoffe. Hardinge wäre dankbar, wenn seine Worte unserem Kaiser unterbreitet werden würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Juni 1910. — Nr. 134.

Anläßlich der wahrscheinlichen Abberufung Nicolsons aus Petersburg sagte mir Grey gestern abend, er hoffe, daß das Petersburger Kabinett davon überzeugt sei, daß die Ernennung des Vizekönigs von Indien und der Botschafterwechsel in Petersburg hauptsächlich die Konsolidierung der Beziehungen zwischen Rußland und England im Auge haben. Er glaubt, daß die Lage es verlangt, daß sich jemand in London im Amte befindet, der die einschlägigen Fragen so gut kennt wie Hardinge und Nicolson. Grey sagte mir, er bestehe auf dieser Erwägung, weil vielleicht der Kaiser sich nur ungern von einem Botschafter trennen würde, dem er stets einen so gnädigen Empfang erwiesen habe. Hardinge sagte mir, der König habe von den unserem Kaiser geschuldeten Rücksichten gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Juni/8. Juli 1910. — Nr. 178.

Ich bin heute morgen vom Könige empfangen worden, um ihm mein Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Seine Majestät hat mir erklärt, er wolle mir wiederholen, was Grey mir wahrscheinlich schon gesagt habe, daß nämlich die Abberufung Nicolsons nur aus einem einzigen Grunde erfolgt sei — um die zwischen Rußland und England so glücklich bestehenden Beziehungen zu erhalten und sie noch enger zu gestalten. Der König fügte hinzu, daß er hierüber unserem Souverän geschrieben habe.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Januar/2. Februar 1911.

Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die in der französischen

Presse so große Erregung hervorgerufen hat, da ich mich zuerst in den zahlreichen diesbezüglichen Gerüchten zurechtfinden und die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage feststellen wollte. Nachdem ich die Erklärung Pichons im Parlamente in Beantwortung der Interpellation des bekannten Chauvinisten De la Fosse gelesen habe, komme ich zu der Überzeugung, daß der französische Außenminister überrascht worden ist und daß ihm selbst seine Erklärungen später allzu kategorisch erschienen sind. Am Tage nach der soeben erwähnten Sitzung hat Pichon in einer Unterredung mit einem holländischen Korrespondenten den Sinn seiner Erklärungen bedeutend abgeschwächt. Hierauf hat er es für nötig befunden, den französischen Vertretern bei den Signatarmächten des Traktates von 1839 ein Zirkulartelegramm zu schicken, in denen der genaue Sinn seiner Rede erklärt wird. Ich habe den Wortlaut dieses Telegramms nicht gesehen, doch hat mir Pichon seinen Inhalt mitgeteilt. Der Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens wird in Abrede gestellt und betont, er habe im Parlamente nicht von Verhandlungen, sondern von „freundschaftlichen Unterredungen" zwischen den Garantiemächten der Neutralität Belgiens gesprochen. Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit Pichon gehabt habe, schließe ich, daß er dieser Frage kaltblütig gegenübersteht und ihr nicht allzu große Bedeutung beilegen will. Er hat bis jetzt noch nicht die juristische Seite der Frage prüfen können. Ihm persönlich scheint es jedoch, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen. Andererseits haben weder Pichon noch die französische Regierung Zweifel, daß der Gedanke der in Frage kommenden Befestigungen von Deutschland ausgeht, und daß die niederländische Regierung wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch aus Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn Pichon und seine Kollegen trotzdem ihre Ruhe bewahren, so ist dies augenscheinlich damit zu erklären, daß man hier schon längst die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges jedenfalls und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb hält man die Befestigung von Vlissingen für eine weniger wichtige Einzelheit des

allgemeinen deutschen Angriffplanes gegen Frankreich. Trotzdem ist, wie ich erfahren habe, die Zeitungskampagne, welche zuerst von einigen belgischen Zeitungen aufgenommen wurde, mit französischen Geldmitteln und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien geführt worden, in der Hoffnung, auf diese indirekte Weise die Ausführung des holländischen Planes vereiteln zu können. Soviel ich beurteilen kann, rechnet man hier immer noch mit der Möglichkeit eines Erfolges dieser Pressekampagne und hofft, daß Holland, wenn auch nicht völlig auf diesen Plan verzichten, ihn doch wenigstens aufschieben oder abändern wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911.

Der neue französische Minister des Auswärtigen ist heute gleich nach seiner Ernennung und vor jeder anderen Visite bei mir gewesen und versicherte mir in den allerkategorischsten Ausdrücken, daß die neue Regierung in auswärtigen Fragen unbeugsam die Politik des vorigen Kabinetts fortsetzen und daß er selbst alle seine Bemühungen daransetzen werde, die Bundes- und engsten Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu erhalten und zu fördern. In einem langen Gespräche suchte er die dem neuen Kabinett zugeschriebenen radikalen Tendenzen zu widerlegen und erklärte, daß er und seine Kollegen höher als alles übrige die Ordnung im Innern und die Macht Frankreichs nach außen stellten. Das neue Kabinett wird in verständigen und gemäßigten Kreisen sehr stark kritisiert; persönlich hat Cruppi auf mich einen guten Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911. — Nr. 26.

Nach Cruppi besuchte mich der neue Marineminister Delcassé, das hervorragendste Mitglied des Kabinetts, dessen Rückkehr zur Macht so lebhaft von der europäischen Presse besprochen wird. Delcassé hat mir alles von Cruppi über die Unerschütterlichkeit der äußern Politik Frankreichs und die dem Kabinett zu Unrecht zugeschriebenen radikalen Tendenzen Gesagte wieder-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

holt. Außerdem hat er mir erklärt, daß sein Eintritt in das Kabinett eine Garantie bilde, daß man ganz besondere Sorgfalt auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Erschaffung einer starken Flotte, und nicht später als im August oder September hofft er über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Er hat durchaus nicht die Absicht, aus der Kompetenz seines Ressorts hinauszutreten und Mißtrauen von seiten Deutschlands zu erwecken, doch hat er mich versichert, daß er seinerseits alles tun werde, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und hat mich gebeten, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland an den Stufen des Thrones niederzulegen. Von mir ist Delcassé zu einem Besuche des deutschen Botschafters gefahren.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

. . . . . .

Was die ausländischen Beziehungen anbelangt, so habe ich Ihnen bereits kurz über die mir von Cruppi und Delcassé gemachten Mitteilungen berichtet. Seitdem habe ich auch lange Unterredungen mit Monis und Cailleaux gehabt. Sie alle haben mich von der Unerschütterlichkeit der auswärtigen Politik Frankreichs und der absoluten Loyalität des neuen Kabinetts hinsichtlich des Bündnisses mit Rußland versichert. Wenn hierbei auch eine gewisse Kritik der Politik Pichons hörbar wurde, so geschah dies nur im Sinne jener Zeitungsartikel, in denen der Vorgänger Cruppis beschuldigt wurde, den Dreiverband zur Förderung der Interessen Frankreichs, Rußlands und Englands nicht genügend ausgenutzt zu haben. Obwohl Delcassé betonte, daß er die Kompetenz des Marineministeriums nicht überschreiten wolle, so wird doch allgemein angenommen, daß er auf die Tätigkeit Cruppis Einfluß haben werde, da letzterer in auswärtigen Fragen wenig bewandert ist. Delcassé hat mich zu überzeugen gesucht, daß die neue Regierung nicht bloß keine Schwächung der militärischen Kraft Frankreichs zulassen

wird, sondern noch bestimmter die Land- und Seestreitkräfte weiterentwickeln will. Delcassé erklärte mir, daß, obwohl wieder Zivilpersonen an der Spitze der beiden Militärressorts stehen, doch die frühere Organisation der höheren militärischen Institutionen, wie sie von General Brenne und dem Admiral Boué eingeführt wurde, auch in Zukunft beibehalten werden wird. Was speziell die Flotte anbelangt, so sei seine, Delcassés, Ernennung zum Marineminister eine Garantie, daß man ihr ganz besondere Bedeutung beilegen wird, und nicht später als im August oder September hofft er über ein neues Geschwader von Panzerschiffen verfügen zu können.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 12./25. April 1911.

In einer meiner Unterredungen mit Cruppi habe ich die Frage der soeben in Frankreich abgeschlossenen Anleihe der Stadt Budapest erwähnt. Diese Finanzoperation ist mit Hilfe der Gruppe des Crédit Lyonnais durchgeführt worden. Derartige Städteanleihen bedürfen gewöhnlich nicht der Genehmigung der Regierung, um auf der Pariser Börse kotiert zu werden. Auf diese Weise hatte das französische Außenministerium offiziell nicht die Möglichkeit, die Anleihe zu verhindern. Immerhin besteht kein Zweifel, daß der Crédit Lyonnais in dieser Frage nicht ohne die stillschweigende Einwilligung der französischen Regierung gehandelt hat. Ich habe Cruppi nicht verheimlicht, daß die Gewährung einer Anleihe durch französische Banken einen unangenehmen Eindruck in Rußland hervorrufen wird, wo man dies natürlich als den ersten Schritt zur Finanzierung auch anderer ungarischer Anleihen betrachten muß. Um auf Cruppi den nötigen Eindruck zu machen, habe ich ihm anläßlich dieses besonderen Falles folgende Erwägungen allgemeiner Natur unterbreitet.

„In letzter Zeit", sagte ich, „habe ich schon mehrmals die ernstliche Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Schädigung vitaler Interessen Rußlands durch Finanzprojekte französischer Banken lenken müssen. Infolge seiner ungeheuren Ausdehnung und der Besonderheiten seiner geographischen Lage

kann Rußland an verschiedenen Punkten seiner Peripherie angegriffen werden und ist nicht auf allen Fronten gleich stark. Derartige Unternehmungen, z. B. wie die Eisenbahn Chinchou—Aigun oder das Eisenbahnnetz in Kleinasien, würden uns ungeheure Ausgaben bei der Befestigung unserer asiatischen Grenzen auferlegen, und dies würde unsere militärische Stellung an unserer Westgrenze schwächen, was den gemeinsamen Interessen Frankreichs und Rußlands widerspricht. Jede Österreich-Ungarn oder sogar nur Ungarn gewährte Anleihe schwächt gleichfalls die Lage Rußlands und folglich auch des Zweibundes. Es ist äußerst gefährlich, sich der hier verbreiteten Illusion hinzugeben, als ob Ungarn ein Gegengewicht gegen den Einfluß Deutschlands bilden könne. Die letzte bosnische Krise hat gezeigt, daß im entscheidenden Augenblicke Ungarn sich stets auf die Seite Österreichs und Deutschlands stellen wird. Erst in den letzten Tagen haben wir im Parlamente Ribot in beredter Weise von der Notwendigkeit einer einheitlicheren und logischeren Politik der drei Ententemächte sprechen hören, und Cruppi selbst hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, diese politische Kombination in Wirklichkeit und sozusagen jeden Tag in Anwendung zu bringen. Mir scheint es, daß ausländische Anleihen und Finanzierungen ein Gebiet darstellen, in dem die höheren politischen Interessen Frankreichs und Rußlands in Einklang gebracht werden müssen, und es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Streben französischer Finanzleute nach persönlichem Gewinn die Oberhand über die höheren Ziele der beiden verbündeten Mächte gewinnen sollte."

Der Minister hat mir erwidert, daß er meine Ansicht durchaus teile und bereit sei, diesen Standpunkt in jedem einzelnen Falle zu vertreten. Was die Budapester Anleihe anbelangt, so habe diese sozusagen einen speziell privaten Charakter, und die französische Regierung habe nicht die Möglichkeit gehabt, sich dieser Anleihe zu widersetzen. Doch bürge er dafür, daß dieselbe der Frage der Finanzierung Ungarns für allgemeinstaatliche Bedürfnisse in keiner Weise vorgreift. „Ich bin sehr froh," sagte er, „daß Sie diese Frage berührt und mir Argumente geliefert haben, von denen ich zur rechten Zeit Gebrauch machen kann."

Trotz dieser kategorischen Erklärung Cruppis erlaube ich mir dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß vielleicht die größte Schwierigkeit der russisch-französischen Beziehungen darin besteht, die Interessen der hier so einflußreichen Finanzkreise mit der allgemeinen Richtung der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen. In diesem speziellen Falle ist es wohl kaum möglich gewesen, die französischen Banken daran zu verhindern, sich an der Budapester Anleihe zu beteiligen, da sie ein schon so bedeutendes Kapital in verschiedenen ungarischen Unternehmungen angelegt haben. Die französischen Ersparnisse, die eine Anlage in auswärtigen Anleihen und Unternehmungen suchen, machen den Kampf mit den kosmopolitischen Tendenzen des hiesigen Kapitals außerordentlich schwer. Wir haben daher die Aufgabe, die Projekte der französischen Finanzkreise aufmerksam zu verfolgen, und in denjenigen Fällen, in denen unsere Interessen ernstlich bedroht sind, müssen wir rechtzeitig einen energischen Druck auf die französische Regierung ausüben, um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern.

Auszug aus einer Denkschrift N. N. Rafalowitschs über den österreichischen Einfluß in französischen Banken vom 14. Mai 1914.

. . . . . .

Was die Beziehungen zwischen den hauptsächlichsten Pariser Banken und der österreichischen Finanzwelt anbelangt, so fallen zwei Umstände ins Auge: erstens der allgemeine Charakter dieser Beziehungen und zweitens ihre beständige Abschwächung.

In den letzten Jahren hat Österreich infolge der politischen Ereignisse keinen Zugang zum Pariser Markte gehabt, und in dieser Beziehung haben ihm weder die Anstrengungen seiner Vertreter noch die nahen Beziehungen zur französischen Finanzwelt nützen können. Die Banque de Paris et des Pays-Bas hat ihre Vertreter in der Verwaltung der österreichischen Bodenkreditgesellschaft, an deren Spitze der bekannte politische Finanzmann Sieghardt steht. In der Österreichischen Länderbank sind gleichfalls französische Vorstandsmitglieder, unter anderm der frühere französische Botschafter in Wien Crozier, der ebenfalls im Verwaltungsrate der Société Générale sitzt, in dem

auch der Österreicher Adler eine bedeutende Rolle spielt. Dieser ist in Wirklichkeit der Leiter einer der Abteilungen dieses Unternehmens, obwohl er nicht diesen offiziellen Titel führt. Im Crédit Lyonnais nimmt der frühere deutsche Untertan Ullmann einen wichtigen Posten ein, welcher zwar nicht in unmittelbaren Beziehungen mit Österreich ist, aber der Berliner Diskontogesellschaft sehr nahesteht, welch letztere großen Einfluß in Wien hat. Der Crédit Lyonnais hat bereits mehrfach österreichische und ungarische Werte auf dem Pariser Markte verbreitet und hat unter seinen Klienten Schatzscheine dieser beiden Staaten untergebracht. Rothschild braucht man nicht zu erwähnen, denn obwohl er in österreichischen Geschäften sehr interessiert ist, wird sein Einfluß in Paris immer schwächer. Endlich hat die Union Parisienne eine balkanische Bank, welche direkt von Wiener und Budapester Finanzhäusern abhängt und an Ort und Stelle vom Österreicher Donner geleitet wird. Überhaupt muß man bemerken, daß bis zur letzten Zeit die französischen Banken auf dem Balkan gemeinsam mit den Österreichern vorgegangen sind, welche es verstanden haben, das französische Kapital hierbei auszunutzen. Die grundlegenden Veränderungen in der politischen Struktur der Balkanhalbinsel müssen die bisherigen französisch-österreichischen finanziellen Beziehungen ungünstig beeinflussen.

Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es unsererseits eines ganz planmäßigen Vorgehens. Hierbei müssen wir zwischen den Bestrebungen der Österreicher unterscheiden, ihre Werte auf der Pariser Börse unterzubringen und Hand in Hand mit den französischen Banken auf dem Balkan vorzugehen. Was erstere Bestrebungen anbelangt, so brauchen sie uns nicht ernstlich zu beunruhigen, da sie „ein Attentat mit unzulänglichen Mitteln" darstellen. Die französischen Banken befürchten allzusehr die Einmischung ihrer Regierung und den Protest der öffentlichen Meinung, um sich leichten Herzens zu einer solchen Operation zu entschließen, welche durch einen einzigen Zeitungsartikel oder durch einen einzigen Schritt von seiten Rußlands zunichte gemacht werden kann. Als Beispiel hierfür kann der erfolglose Versuch gelten, für das österreichische Schatzamt eine ziemlich bedeutende Summe dadurch zu realisieren, daß die alte Streit-

frage der österreichischen Südbahnen in einem für die französischen Inhaber der Aktien günstigen Sinne gelöst wurde. Dieser Versuch ist im vorigen Jahre verhindert worden, wenn er überhaupt ausführbar war, indem im Echo de Paris ein entsprechender Zeitungsartikel veröffentlicht wurde.

Was die Zusammenarbeit der französischen und österreichischen Banken anbelangt, so können wir auch hier eine sehr nützliche Rolle spielen. Als z. B. neulich die österreichischen Banken sich wegen einer eventuellen Beteiligung an die französische Gruppe wandten, welche die Frage der Internationalisierung der Ostbahn in Serbien prüft, genügte die Erklärung des russischen Vertreters, daß die russische Gruppe sich an einer derartigen Kombination nicht beteiligen werde, um die Franzosen zu veranlassen, den Österreichern einen abschlägigen Bescheid zu geben.

Wenn eine französische Gruppe einer anderen vorwirft, den Österreichern nahezustehen, so ist dies gewöhnlich nur ein Kampfmittel. Wir unsererseits müssen uns sagen, daß die hauptsächlichsten französischen Gruppen alle Österreich sehr nahestehen, und es ist sehr schwer zu sagen, welche von ihnen sich am meisten unter österreichischem Einflusse befindet. Wir müßten als allgemeine Regel aufstellen, daß man in uns interessierenden Fragen und Ländern die Franzosen nie allein mit den Österreichern lassen darf. Wo die Franzosen zusammen mit russischen Elementen arbeiten werden, dort wird es für Österreicher keinen Platz mehr geben. Außerdem bedeutet dies für uns die einzige Möglichkeit, rechtzeitig über alles unterrichtet zu sein, was wir verhindern wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1912. — Nr. 74.

Heute beschäftigt sich die Presse immer noch mit dem gestrigen Zwischenfalle. Die bedeutenderen Organe, die ihre Weisungen vom Außenministerium erhalten, wie der Temps, Journal des Débats, Matin usw., bewahren die Ruhe und beschränken sich darauf, Widerlegungen zu veröffentlichen. Einige Zeitungen, hauptsächlich die extremen und oppositionellen, welche Rußland immer feindlich gesinnt waren, wiederholen ihre Angriffe auf Rußland und persönlich auf mich. Hierbei ist deutlich

das Bestreben bemerkbar, dem Zwischenfalle einen politischen Charakter zu verleihen und unsere Unzufriedenheit mit dem französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis damit zu erklären, daß Rußland augenscheinlich eine aggressive Politik gegen die Türkei befolgen will und hierbei auf Widerstand von seiten des französischen Botschafters gestoßen ist. Von einigen Zeitungen, die in diesem Sinne schreiben, ist bekannt, daß sie Subsidien von der türkischen Botschaft erhalten, welche unter der hiesigen Presse bedeutende Geldmittel verteilt. Ich ergreife Maßregeln, um die Wahrheit in den Zeitungen wiederherzustellen, da ich aber über kein Geld verfüge, ist dies sehr schwer.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Juli/2. August 1912. — Nr. 136.

Hinsichtlich der Enthüllungen des Temps über die Marinekonvention sagte mir Paléologue, daß dies dem Ministerpräsidenten sehr unangenehm gewesen wäre, daß man sich aber wegen der Folgen nicht weiter zu beunruhigen brauche. Er meint, man wird sich sowohl hier als auch im Auslande sehr wundern, daß eine derartige Konvention erst jetzt abgeschlossen worden ist. Der Ministerpräsident nimmt an, daß die Zeitung diese Information zu verschiedenen Zeiten aus den betreffenden Ressorts erhalten hat. Die Neugierde der Journalisten über die Marinekonventionen war schon längst durch das Gerücht erregt worden, daß ein das Mittelmeer betreffendes Übereinkommen abgeschlossen worden sei, und dies hat dann zufällig zur russisch-französischen Marinekonvention geführt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juli/6. August 1912. — Nr. 141.

Paléologue bedauert ganz außerordentlich den Artikel im Echo de Paris und hat durch die Agentur Havas eine Mitteilung in Form eines Telegramms aus London veröffentlichen lassen. Auf meine Bemerkung, daß die Widerlegung noch mehr Gewicht gehabt hätte, wenn sie in Form einer gewöhnlichen offiziösen Mitteilung erschienen wäre, erklärte er, daß dieses zu

Angriffen der ganzen Presse auf das Echo de Paris geführt hätte, welches seinerseits antworten würde, und daß dies zu einer unerwünschten Zeitungspolemik führen müßte. Er fügte hinzu, daß auf seine Veranlassung hin der Temps und das Journal des Débats Kommentare veröffentlichen werden, die den Eindruck der Widerlegung verstärken sollen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 28. Juli/10. August 1912. — Nr. 1520.

Ich telegraphiere nach Berlin. Ihr Telegramm Nr. 80 erhalten. Auf eine Anfrage des deutschen Botschafters habe ich geantwortet, daß unsere sogenannte Marinekonvention mit Frankreich sich auf einen unter Verbündeten durchaus natürlichen Entschluß beschränkt, zwischen den Chefs der beiden Marinestäbe unmittelbare Beziehungen herzustellen, ähnlich wie sie schon längst zwischen den beiden Generalstäben bestehen.

Regen Sie diese Frage nicht selbst an; sollte man aber im Auswärtigen Amte wieder eine diesbezügliche Frage an Sie stellen, so können Sie in obigem Sinne antworten.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912.

Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers Poincaré in Petersburg habe ich mit ihm mehrfache Unterredungen gehabt.

Während eines unserer ersten Gespräche haben wir gegenseitig unserer Befriedigung Ausdruck verliehen, daß die soeben zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe geführten Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt haben. Das in Paris von Admiral Aubert und dem Fürsten Lieven unterschriebene Projekt einer Marinekonvention ist von unserem Kaiser gebilligt worden, und ich habe die Vollmacht erhalten, diese Konvention zu unterzeichnen. Da die ungefähr vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention von den beiden Regierungen durch einen Notenaustausch be-

stätigt worden war, so haben wir mit Poincaré beschlossen, dasselbe Verfahren auch bei der Marinekonvention anzuwenden. Wir haben infolgedessen am 2. und 3. August mit Poincaré Briefe gewechselt, in denen bestätigt wird, daß die Marinekonvention in Kraft getreten ist.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten.

Poincaré sagte mir, er mache sich diese Ansicht durchaus zu eigen und tue alles mögliche, um dieses Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht ergebnislos verlaufen werden und daß es ihm gelingen wird, die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien auf eine solide Basis zu stellen. In dieser Hinsicht sind bereits gute Resultate erzielt worden.

Anläßlich des italienisch-türkischen Krieges bedauert Poincaré, daß er unsere Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht in dem gewünschten Maße habe unterstützen können. Eine gewisse Zurückhaltung Frankreichs findet erstens darin ihre Erklärung, daß es auf die Gefühle der mohammedanischen Bevölkerung seiner französischen Besitzungen Rücksicht nehmen

muß, unter denen ein jeder Druck auf die Türkei Erregung hervorrufen würde, was besonders jetzt gefährlich sei, da die Errichtung des französischen Protektorates in Marokko auf so große Schwierigkeiten stößt; zweitens wurde das Pariser Kabinett dadurch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt, daß weder Deutschland noch natürlich Österreich irgend etwas getan hätten, um unsere Aufgabe durch eine Einwirkung in Konstantinopel zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte mir Poincaré, daß er mehr denn je eine Beendigung des Krieges herbeisehne, und daß er die Hoffnung hege, daß Rußland und Frankreich die erste Gelegenheit ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen und auch die anderen europäischen Großmächte zu dieser Aufgabe heranzuziehen. Einen solchen Anlaß bieten die noch jetzt zwischen den Türken und Italienern in der Schweiz geführten Verhandlungen, um so mehr als die türkische Regierung beabsichtigt, im Einvernehmen mit Italien eine besondere Mission nach Tripolis zu schicken, welche den Übergang zum neuen Regime vorbereiten und die Araber an den Gedanken einer möglichen Aussöhnung gewöhnen soll. Im Zusammenhang mit dem Kriege sprach Poincaré auch über das weitere Schicksal der von Italien besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Diese Frage beunruhigt die französische Regierung ganz außerordentlich, denn sie befürchtet, daß Italien sich nicht damit begnügen wird, sie als ein Pfand zur Beendigung des Krieges zu betrachten, sondern die Besetzung so lange aufrechterhalten wird, bis von der Türkei Garantien einer gewissen Autonomie gegeben sein werden. Frankreich beabsichtigt hiergegen energisch zu protestieren, denn es erblickt in einer derartigen Lage der Dinge eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teile des Mittelmeeres. Auf die Frage Poincarés, wie Rußland sich zu einer Festsetzung Italiens im Archipel verhalte, erwiderte ich, daß wir uns ebenfalls nicht mit einem derartigen Versuche aussöhnen könnten. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Wunsche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers entsprechend den französischen Minister zu fragen, ob die Möglichkeit bestehe, daß noch vor Beendigung des Krieges der Türkei eine Anleihe in Frankreich gewährt werden würde. Poincaré verneinte dies ohne Zögern, fügte jedoch hinzu, daß nach Friedensschluß die

Türkei unter ernsten Garantien die zur Liquidation des Krieges notwendigen Mittel in Frankreich erhalten kann. Poincaré glaubt, daß auch Italien mit einer derartigen Bitte an Frankreich herantreten wird.

Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann. Meinerseits habe ich dem Minister gesagt, daß wir stets bereit sind, uns entschieden auf die Seite Frankreichs zu stellen, wenn die in unserm Bündnisse vorhergesehenen Ereignisse eintreten, daß wir aber gleichfalls vor der öffentlichen russischen Meinung unsere aktive Beteiligung an einem Kriege nicht rechtfertigen können, der durch irgendwelche außereuropäische koloniale Fragen hervorgerufen wird, solange die vitalen Interessen Frankreichs in Europa dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Nachdem wir die hauptsächlichsten politischen Fragen gemeinsam erörtert, gingen wir auf die Besprechung einzelner Gegenstände über, so vor allem auf die Eisenbahnbauten in Kleinasien und die chinesische Anleihe.

. . . . . .

Zum Schlusse will ich bemerken, daß ich außerordentlich erfreut war, die Bekanntschaft Poincarés zu machen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, um so mehr als ich bei meinem Meinungsaustausche den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland in Poincaré einen sicheren und verläßlichen Freund besitzt, der über eine außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und einen unbeugsamen Willen verfügt. Wenn der kritische

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Moment in den internationalen Beziehungen eintritt, so wäre es sehr wünschenswert, daß an der Spitze der uns verbündeten Regierung wenn nicht derselbe Poincaré, so doch eine andere Persönlichkeit steht, welche einen ebenso energischen Charakter hat und ebensowenig Furcht vor Verantwortlichkeit hegt wie der jetzige französische Ministerpräsident.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 18./31. Mai 1912.

Ich habe Ihnen in letzter Zeit verschiedene Zeitungsartikel übersandt, die eine an und für sich sehr wichtige Frage behandeln, welche aber meines Wissens bis jetzt nur von der Presse besprochen worden ist: die Frage einer Allianz zwischen England und Frankreich.

Ich glaube, daß diese Pressekampagne das indirekte Resultat verschiedener in der Times erschienener Arkitel des militärischen Berichterstatters dieser Zeitung, des Obersten Repington, ist, welcher selbst einer der überzeugtesten Anhänger der Entente Englands mit Frankreich und Rußland ist. Diese Artikel bezogen sich auf die militärische Lage Englands im Mittelmeere, welche seit der Zurückziehung der englischen Flotte ziemlich geschwächt ist und, wie ein ziemlich großer Teil des Publikums glaubt, durch den Ersatz der französischen Flotte so lange nicht genügend gesichert erscheint, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf eine Entente und nicht auf ein Bündnis stützen. Die Reise Asquiths in Begleitung von Churchill nach Malta, ihre Zusammenkunft mit Lord Kitchener und ein beabsichtigter Besuch in Biserta haben diese Diskussion noch weiter angeregt.

Obwohl die soeben erwähnte Reise einen durchaus privaten Charakter trägt, so ist, wie ich sicher glaube, die Aufmerksamkeit dieser beiden Minister auf die für England entstandene Lage gelenkt worden. Außerdem sind in der letzten Zeit von seiten der englischen öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die endgültigen Absichten Italiens geäußert worden, welches verschiedene Inseln besetzt hält, u. a. auch Rhodos. Ich will nur im Vorübergehen erwähnen, daß diese Frage der griechischen Inseln, der Türkei gehörend und von Italien besetzt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf sich lenkt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nicolson hat zu mir hierüber nur ganz kurz und in privater Form gesprochen, aber er denkt augenscheinlich an die Rückerstattung dieser Inseln an die Türkei bei Friedensschluß. Er sieht Schwierigkeiten voraus. Cambon ist in einer privaten Unterredung noch weiter gegangen. Seiner Ansicht nach muß man mit Verwicklungen rechnen: eine einfache Zurückerstattung, wie sie die Logik verlangt, würde sofort Unruhen und eine gewisse Agitation in Griechenland hervorrufen, da die Türkei bisher stets ein von Christen bewohntes Gebiet verloren hat, wenn es einmal von einer christlichen Macht besetzt worden war — ein Argument, welches Griechenland vielleicht anrufen wird und welches ein gewisses Echo in gräkophilen Kreisen, die ja inallen Ländern vertreten sind, finden dürfte.

Cambon ist der Ansicht, daß eine einfache Zurückerstattung nicht gefahrlos wäre. Verschiedene dieser Inseln haben früher mehr oder weniger bestätigte Privilegien gehabt, die die jungtürkische Partei jetzt nach Möglichkeit einzuschränken trachtet. Diese Inseln haben, teilweise wenigstens, die italienischen Garnisonen als ihre Befreier begrüßt; folglich könnte die Wiederherstellung der türkischen Autorität, ohne jede Bedingung, zu Unruhen führen, vor allem zu Racheakten von seiten der Türken, und hieraus könne sich eine ernste internationale Schwierigkeit ergeben.

Ich bitte Euere Exzellenz, diese längere Abschweifung zu entschuldigen, aber sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Inhalte des Briefes. Ich besuchte gestern Sir Arthur Nicolson und berührte die Zeitungsartikel über eine englisch-französische Allianz. Ich sagte ihm ganz offen, daß ich diesen Gegenstand in meiner Korrespondenz mit Ihnen erwähnen müßte und daß ich ihm für Aufklärung dankbar wäre.

Sir Arthur erwiderte, daß zwischen den beiden Regierungen kein Gedankenaustausch stattgefunden, daß keine von ihnen in dieser Hinsicht eine Initiative ergriffen hat und daß er auch nicht glaube, daß dies zurzeit der Fall sein werde, da ein derartiger Schritt zum mindesten unzeitgemäß wäre, weil der jetzige Zeitpunkt kein ruhiger sei und infolge des Krieges eigentlich eine Krise herrsche, so daß ein derartiger Schritt in Deutschland wahrscheinlich als eine sehr bedauerliche Provokation aufgefaßt wer-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den würde. Sir Arthur teilte mir dieses als seine ganz persönliche Ansicht mit. Er hatte um so mehr Grund, diesen Umstand zu betonen, als ich mich nicht zu irren glaube, wenn ich behaupte, daß er in der Frage eines Bündnisses zwischen England und Frankreich sehr bestimmte Ansichten hat. Wenn er auch zu erfahren ist, um anders als mit der größten Vorsicht zu handeln, scheint er mir doch im Grunde seines Herzens nicht bloß ein Anhänger eines englisch-französischen Bündnisses, sondern eines neuen Dreibundes zu sein, dessen Aufgabe es wäre, das Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden, da eine derartige Kombination den Frieden sicherer als irgendeine andere gewährleisten würde.

Ich wäre Euerer Exzellenz sehr dankbar, diese Vermutung über die Ansichten Nicolsons als sehr vertraulich zu betrachten, denn seine Worte erlauben mir nicht, irgendeine positive Behauptung auszusprechen. Übrigens, so groß sein Einfluß auch ist, so weit geht er nicht.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 20. Mai/2. Juni 1912.

Ich glaube die besondere Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf den beigelegten Leitartikel lenken zu müssen, der heute im Observer erschienen ist, ebenso auch auf eine ziemlich wichtige Korrespondenz aus Petersburg in derselben Zeitung.

Diese beiden Artikel verdienen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil sie besser als alles andere, was ich bis jetzt gelesen habe, den Standpunkt der öffentlichen Meinung und die Stimmung, in der diese Fragen erörtert werden, wiedergeben. Ich will nicht behaupten, daß die Majorität jetzt schon für den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich gewonnen ist. Es geht nicht so schnell in England, aber, angestachelt durch einen bestimmten Teil des englischen Publikums, das zu Deutschland hinzuneigen beginnt, und zwar aus verschiedenen unbestimmten und nicht immer patriotischen Gründen, beginnt diese Majorität eine gewisse Beunruhigung zu empfinden und glaubt, daß eine sich ausschließlich auf Ententen stützende Politik nicht vollständig genügt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Observer gehört zu einer Gruppe von Zeitungen, die seit kurzem unter der Leitung eines talentvollen Publizisten Garvin vereinigt worden sind. Ich kenne ihn persönlich und ich glaube, daß er manchmal vom englischen Auswärtigen Amte Direktiven erhält. Es ist selbstverständlich, daß er den so empfangenen Hinweisen größeres Relief verleiht, als in der wirklichen Stimmung der Leiter der englischen Politik zum Ausdruck kommt.

Es besteht kein Zweifel, daß die Ernennung Baron Marschalls zum deutschen Botschafter in London diese Agitation verschärft hat. Die übertriebenen Presseäußerungen, die diese Ernennung begleitet haben, haben bereits zu den vorauszusehenden Resultaten geführt: eine ziemlich starke Reaktion macht sich bemerkbar und findet zuerst in den zahlreichen Sympathiebeweisen Ausdruck, die dem sich zurückziehenden Botschafter, dem Grafen Metternich, von seiten des Publikums und selbst von seiten der Regierung erwiesen werden.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Die von der englischen Presse aufgeworfene Frage der Umwandlung der Entente zwischen Frankreich und England in ein formales Bündnis hat natürlich sowohl in den hiesigen Regierungskreisen als auch in der Presse das lebhafteste Interesse hervorgerufen.

In einer Unterredung mit mir hat Poincaré seine Ansicht in dieser Frage ganz bestimmt geäußert:

Seiner Überzeugung nach brauchen weder Frankreich noch England eine Änderung des jetzigen Verhältnisses zu wünschen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß bei der augenblicklichen europäischen Lage diese Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und England und das hierauf beruhende Übereinkommen so groß und so unbestreitbar ist, daß hierdurch die Gemeinsamkeit der Politik beider Staaten im Falle irgendwelcher ernster Verwicklungen in völlig genügender Weise gewährleistet wird. Die Unterzeichnung des einen oder andern formalen Aktes, selbst wenn man annimmt, daß diese mit der französischen oder englischen Staatsform vereinbar wäre, würde

diese Garantie in keiner Weise verstärken. Denn selbst im Falle des Bestehens eines derartigen Abkommens behält doch die neuliche öffentliche Erklärung Asquiths seine volle Kraft, daß die englische Regierung im entscheidenden Augenblicke nur diejenige Entscheidung treffen kann, welche ihr von der englischen Nation vorgeschrieben werden wird. Was die von der Presse gleichzeitig berührte Frage einer eventuellen Veränderung der militärischen Organisation Englands und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht anbelangt, so ist Poincaré der Ansicht, daß es von seiten Frankreichs sehr leichtsinnig wäre, diese Frage selbst in der allervorsichtigsten Weise zu berühren, da sie eine rein nationale englische Frage bedeutet. Was die französische Presse betrifft, so haben die hauptsächlichsten Zeitungen in dieser Frage viel Takt gezeigt und haben in der Mehrzahl der Fälle den Standpunkt eingenommen, daß die Frage eines Bündnisses und einer militärischen Reorganisation Englands vor allem von den Engländern selbst entschieden werden muß, und daß sich die französische Presse eines jeden Druckes in der einen oder andern Richtung zu enthalten habe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 28. Juni/11. Juli 1912.— Nr. 187.

Ich glaube Ihre Aufmerksamkeit auf die folgende Stelle in der Rede Bonar Laws im Unterhause, als für die Zukunft wichtig, lenken zu müssen: „Grey hat heute abend gesagt, daß ein gutes Einvernehmen mit Frankreich und Rußland den Ausgangspunkt unserer Politik bilden solle. Ich ziehe es vor zu erklären, daß es die Grundlage unserer äußeren Politik ist. Grey hat eine offizielle Mitteilung verlesen, welche meiner Ansicht nach Zeugnis von großer staatsmännischer Weisheit ablegt. Ich will sie noch einmal lesen." Zum Schlusse erklärte Bonar Law: „Dies ist die Politik unseres Landes, und wenn diejenige politische Partei, in deren Namen ich spreche, zur Regierung gelangen sollte, so wird dies auch die Politik dieser Partei sein."

Nichts Positiveres ist seit dem Entstehen der Entente erklärt worden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1912.

Meinem Berichte über die Parlamentssitzung, den ich Ihnen mit der Post habe zukommen lassen, habe ich nicht viel hinzuzufügen. Diese Sitzung ist sowohl für das Kabinett als auch persönlich für Grey ein großer Erfolg gewesen.

Wie Eure Exzellenz weiß, hatte sich eine Zeitlang eine gewisse Opposition von verschiedenen Seiten aus fühlbar gemacht. Ohne so weit zu gehen, die ganze Richtung der jetzigen Politik der englischen Regierung zu verurteilen, fanden sich doch in den verschiedenen Parteien des Parlamentes Stimmen, die dem Minister vorwarfen, durch eine allzu unnachgiebige Haltung eine Entspannung mit Deutschland unmöglich gemacht zu haben, und daß infolgedessen eine derartige Politik eine Bedrohung des Friedens bedeute. Am Tage der Debatte jedoch ist keine derartige Äußerung laut geworden, da die Reden Ponsonbys und eines irländischen Deputierten keinerlei Bedeutung haben.

In seiner sehr gemäßigten und Deutschland gegenüber sogar versöhnlichen Rede hat Sir Edward die Basis seiner Politik auf das bestimmteste aufrechterhalten. Er hat, was selten ist, nicht bloß die Aufmerksamkeit, sondern auch die Zustimmung der ganzen Kammer gefunden, und Bonar Law als Führer der Opposition hat die Argumente und Schlußfolgerungen des Ministers sogar noch erweitert.

Ich glaube bemerken zu müssen, daß diese Sitzung zeitlich mit der Kaiserzusammenkunft in Baltischport zusammenfiel, deren Resultate durch die Zeitungsberichte schon bekannt waren. Die Art und Weise, wie diese Berichte von den einzelnen Rednern beurteilt worden sind, ist der beste Beweis, daß die Zusammenkunft der beiden Monarchen weder bei der Regierung noch bei der öffentlichen Meinung eine ernstliche Beunruhigung, geschweige denn Mißtrauen hervorgerufen hat.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die letzthin bekannt gewordene Nachricht, daß Rußland in wenigen Jahren über eine mächtige Flotte verfügen wird, viel zu dem englischen Urteile über den Wert einer Annäherung Englands an uns beigetragen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912. — Nr. 191.

Grey hat mir von dem Telegramm gesprochen, in dem O'Beirne über seine Unterredung mit unserem Minister nach dessen Rückkehr aus Baltischport berichtet. Er hat mir seine große Dankbarkeit ausgedrückt und erklärt, daß er die offenen Erklärungen Sasonows sehr hoch schätze. Grey sagte, er teile vollkommen den Standpunkt, daß man vor allem zueinander Zutrauen haben müsse, daß keine Entente ohne ein solches Zutrauen möglich sei; daß sein Zutrauen zu unserer Entente ein vollkommenes sei und daß er auch nicht zweifle, daß dasselbe von Paris gesagt werden könne.

Grey hat mir erklärt, daß Baron Marschall bis jetzt ihm gegenüber das allgemeine Terrain nicht verlassen und keine besonderen Fragen aufgeworfen habe mit Ausnahme einiger Angelegenheiten, die Südafrika betreffen. Er glaubt, daß Marschall einstweilen beobachtet und sich auf seinem neuen Posten zu orientieren sucht, eine Haltung, die Grey für sehr richtig hält.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 372.

Ich erfahre vertraulich von Cambon, daß er zuerst in seinem eigenen Namen und dann im Auftrage Poincarés die Aufmerksamkeit Greys auf gewisse Pressegerüchte gelenkt habe, denen zufolge eine gewisse Annäherung zwischen England und Deutschland erfolgt sei, woraus sich eine Lockerung der Entente und der Tripelentente ergäbe. Cambon ist beauftragt worden zu erklären, daß diese Gerüchte in Paris sehr verbreitet seien, dort einen sehr schlechten Eindruck machten und Poincaré veranlassen würden, eine diesbezügliche Interpellation in der Kammer zu beantworten. Grey hat geantwortet, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehrten; daß sich zwischen England und Deutschland nichts Neues ereignet habe, daß die beiden Regierungen nur koloniale und andere ganz nebensächliche Fragen in versöhnlicher und liebenswürdiger Weise erörtert hätten. Cambon hat gefragt, ob er Poincaré ermächtige,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

diese Worte von der Tribüne aus zu wiederholen. Grey gab seine Zustimmung. Cambon hat mir gesagt, daß dem Brauche gemäß dieser Teil der Rede Poincarés der Zustimmung Greys unterbreitet werden wird.

Derartige Gerüchte haben vor allem Verbreitung gefunden, seitdem Lichnowsky in einer in London gehaltenen öffentlichen Rede erklärt hat, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland ausgezeichnet seien und niemals besser gewesen sind, und seitdem eine ähnliche Äußerung in einer Rede des Deutschen Reichskanzlers gefallen war. Diese Behauptungen waren ohne Antwort geblieben und hatten auf das Publikum Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 28. November/11. Dezember 1912.— Nr. 381.

Ich erhalte von Cambon folgende vertrauliche Mitteilung: Der französische Botschafter ist von Poincaré beauftragt worden, Grey den Wortlaut einer Rede zu unterbreiten, die der französische Außenminister in der Kammer über die englische Politik halten wird. Der Inhalt dieser Rede ist ungefähr folgender: Da in der öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die gegenwärtige Orientierung der englischen Politik entstanden seien, habe Grey die Initiative ergriffen, um dem französischen Botschafter in London zu erklären, daß sich nichts in der Politik Englands geändert habe, daß keine neuen Beziehungen zu andern Mächten geknüpft worden wären und daß die enge Entente mit Frankreich in vollem Umfange weiterbestehe.

Grey hat sich sofort mit diesem Wortlaut einverstanden erklärt und nur gebeten, diesen Text Asquith zu lesen zu geben. Letzterer erklärte sich ebenfalls vollkommen einverstanden mit Ausnahme einer einzigen Abänderung: in dem französischen Texte hieß es: „öffentliche Meinung", Asquith zog vor zu sagen: „die öffentliche Meinung in Frankreich".

Ferner hat Grey dem französischen Botschafter erklärt, daß bei der englischen Regierung keinerlei Absichten auf Syrien bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Juni 1913. — Nr. 572.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er erklärte mir, er sei von den Resultaten des Besuches Poincarés und Pichons in London außerordentlich befriedigt. Dasselbe ist mir gestern von Pichon gesagt. worden, der mir erklärte, die Kabinette von London und Paris seien in allen Punkten vollkommen einig. Grey erzählte mir, daß, abgesehen von Erwägungen der allgemeinen Politik und der Entente zwischen den drei Mächten, die Unterredungen zwischen ihm und Pichon und später zwischen ihm und Poincaré im Beisein Nicolsons und Cambons sich hauptsächlich auf schwebende Tagesfragen bezogen hätten. Was Albanien anbelangt, hat man über die Notwendigkeit gesprochen, eine provisorische Organisation zu schaffen, ohne die Möglichkeit einer definitiven Regelung in Zukunft auszuschließen, die jedoch jetzt auf der Botschafterkonferenz zu erreichen unmöglich sei. Hinsichtlich der südlichen Grenze Albaniens sind die englischen und französischen Minister übereingekommen, daß keine der beiden Mächte geneigt ist, die Überlassung Koritzas an Griechenland mit Waffengewalt zu unterstützen, und daß man daher auf den Greyschen Vorschlag einer internationalen Kommission zurückgreifen müsse; da aber Österreich diesen Vorschlag abgelehnt habe, so müsse man beim Wiener Kabinett anfragen, unter welchen Bedingungen es diesen Vorschlag anzunehmen geneigt wäre. Der französische Standpunkt geht dahin, daß, wenn Österreich auf der Überlassung Koritzas an Albanien besteht, man auf dieser Basis verhandeln müsse. Grey ist diesem Standpunkte beigetreten und hat ein dementsprechendes Telegramm nach Wien abgeschickt.

Ihrem Wunsche gemäß haben Grey und Pichon beraten, welche Haltung wir einnehmen sollten, wenn Feindseligkeiten zwischen den Balkanalliierten ausbrechen. Keiner von beiden sieht ein anderes Mittel, einen allgemeineren Krieg zu vermeiden, als das Prinzip der Intervention, wenn Österreich hiermit einverstanden ist. Grey glaubt, Österreich werde möglicherweise die Bedingung stellen, daß die von den Mächten getroffenen Entscheidungen auf alle Fälle aufrechterhalten werden müssen;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

er glaubt ebenso wie Pichon, daß eine derartige Bedingung annehmbar und vielleicht sogar nützlich sei.

Die Minister haben sich auch noch mit der asiatischen Türkei beschäftigt. Sie sind übereingekommen, daß eine Teilung in Einflußsphären nicht möglich sei, da diese erstens die Einmischung auch anderer Mächte als derjenigen der Tripelentente nach sich ziehen würde und dann zu der Aufteilung der Türkei führen müsse, was eine neue Krise ohne jede Hoffnung, diesmal einen Krieg zu vermeiden, herbeiführen würde. Sie sind folglich übereingekommen, daß es nötig sei, die Türkei in einem gewissen Maße zu stützen, und zwar durch Mittel, über die zwischen allen Mächten eine Einigung erzielt werden muß.

Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie, ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang, die Entente ganz besonders gekräftigt hätten. Es besteht kein Zweifel, daß der Poincaré erwiesene Empfang an Wärme die Besuche Loubets und Fallières' übertroffen hat. Dies ist stark zum Ausdruck gekommen. Cambon hat mir gegenüber alles von Grey Gesagte bestätigt und nur hinzugefügt, daß Ihr Argyrokastro betreffender Vorschlag erörtert worden sei, daß man aber zu der Überzeugung gelangt sei, daß Griechenland auf keinen Fall auf Argyrokastro rechnen könne und daß Italien sich in dieser Hinsicht mit der Unterstützung Österreichs und Deutschlands ebenso unnachgiebig zeigen wird, wie Österreich hinsichtlich Koritzas. Die Minister haben außerdem über Marokko und Kolonialfragen gesprochen, doch habe ich nicht weiter auf Einzelheiten bestanden.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 30. Januar/12. Februar 1914. — Nr. 252.

Abschrift nach Paris. In letzter Zeit haben wir uns öfters überzeugen können, daß uns ein Organ fehlt, welches die Ansichten und gemeinsamen Schritte der Mächte vereinigt, wie dieses im vorigen Jahre die Botschafterkonferenz in London war. Die sich hieraus ergebende Korrespondenz führt zu Verzögerungen, die den Gang der Geschäfte benachteiligen. Da das Londoner Kabinett eine Wiedereinberufung der vorjährigen

Konferenz nicht wünscht, wollen wir auf dieser nicht weiter bestehen, doch wird vielleicht Grey keine Einwendungen dagegen erheben, daß wenigstens die drei Mächte der Entente durch ihre Vertreter in London die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten herstellen. Denn während die Mächte der uns entgegengesetzten Gruppe handeln, beraten wir nur, und unser an und für sich schwacher Zusammenhang verliert dadurch noch mehr an Kraft. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mit Grey zu sprechen, wenn Ihr französischer Kollege diesbezügliche Instruktionen erhält.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1914. — Nr. 39.

Ihr Telegramm Nr. 252 erhalten. Cambon hat gestern die nötigen Instruktionen erhalten, und ich habe Grey heute Ihren Vorschlag mitgeteilt. Ich habe ihm gesagt, daß mangels eines vollständigen Organes, wie es die vorjährige Botschafterkonferenz war, Sie es für nötig halten, zu einem Meinungsaustausche über die schwebenden Fragen zu schreiten, um auf diese Weise ein vorheriges Einvernehmen zwischen den drei Ententemächten zu erzielen: dadurch würden die Verzögerungen einer telegraphischen Korrespondenz vermieden und der Einfluß und das Gewicht der Entschlüsse der drei Mächte gestärkt werden. Als Beispiel führte ich Albanien an, wohin Prinz Wied sich begeben werde, ohne daß verschiedene wichtige Fragen vorher gelöst worden wären. Grey antwortete, daß in dem von mir angeführten Falle der Dreibund den Vorzug habe, handeln zu können, während die Tripelentente sich gegen Übergriffe zu verteidigen habe. Immerhin machte Grey keine Einwendungen gegen Ihren Vorschlag; er sagte mir, daß er ihn gern annähme, und schlug mir vor, morgen, Donnerstag, zusammenzukommen. Er hat dies bereits Cambon mitgeteilt, der ihm heute morgen eine ähnliche Erklärung abgegeben hatte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 20. März/2. April 1914. — Nr. 23.

In dem Schreiben vom 5./18. März berührten Sie die Frage eines engeren Zusammenschlusses zwischen Rußland und

England und drückten den Wunsch aus, meine Ansicht über den Gegenstand zu erfahren, um so mehr als die Möglichkeit vorläge, daß diese Frage bei dem bevorstehenden Besuch König Georgs in Paris von den Führern der französischen und englischen auswärtigen Politik berührt werden würde. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ihnen zu erklären, daß eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich Ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund mir als eine Aufgabe der Gegenwart erscheint. Die internationale Stellung Frankreichs, Rußlands und Englands vollständig sichernd, würde ein derartiges Bündnis wegen des Fehlens von Eroberungsgedanken der genannten Mächte niemanden bedrohen, aber die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa bedeuten.

Zwischen Frankreich und England sind schon einige Schritte zwecks Ausarbeitung möglichst einheitlichen Handelns und genauerer Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden. Augenscheinlich müssen auch wir in derselben Richtung arbeiten, wobei hierauf bezügliche Fragen vielleicht mit einer ganzen Reihe von verhandlungsreifen Gegenständen verbunden werden könnten, welche die russischen und englischen Interessen in zahlreichen Gebieten nahe berühren.

Wie Sie wissen, ist leider die innere Lage in England zur Zeit derart, daß sie die Aufmerksamkeit der königlichen Regierung und der Öffentlichkeit völlig absorbiert. Unter diesen Umständen ist der Boden für internationale Abmachungen, bezüglich deren die Engländer ihrer ganzen Natur nach so empfindlich sind, recht ungünstig, und wir müssen daher dieses Ziel nolens volens nur mit der größten Vorsicht verfolgen.

Trotzdem teile ich Ihre Ansicht, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, wenn Poincaré und Doumergue anläßlich der Zusammenkunft mit König Georg und seinem Minister sie vertraulich darauf hinweisen würden, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde, welches für alle drei Teilhaber der gegenwärtigen Tripelentente gleichermaßen erwünscht sei. Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen ein derartiges politisches Abkommen zustande kommen könnte, würde

natürlich unmittelbaren Verhandlungen zwischen Petersburg und London vorzubehalten sein; aber vielleicht hält es die französische Regierung für nützlich, Grey vorzuschlagen, uns den Inhalt des von Ihnen erwähnten, zwischen England und Frankreich abgeschlossenen politischen Abkommens gemeinsam mitzuteilen, welches dann als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen könnte.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1914.

Nach Empfang Ihres Briefes vom 20. März/2. April, Nr. 23, habe ich die erste Gelegenheit benutzt, um noch einmal, im Gespräche mit Doumergue die Frage eines engeren Einvernehmens zwischen Rußland und England zu berühren. Doumergue bestätigte mir in bestimmtester Weise seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Grey dahin auszusprechen, daß ein derartiges Abkommen erwünscht sei. Er meint, daß es ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß, da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe, dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England koordiniert und ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form einer Marinekonvention annehmen müßte und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralstäben erforderlich sein würden.

Was die nach Abmachung mit Grey uns mitzuteilende politische Vereinbarung zwischen England und Frankreich anbetrifft, so bestätigte mir Doumergue, daß Frankreich und England nicht durch positive politische Verpflichtungen gebunden sind, daß aber, wenn durch den Verlauf der Ereignisse beide Mächte zu gemeinsamem aktiven Handeln geführt werden, sie sich an die von den Generalstäben ausgearbeiteten technischen Abmachungen halten werden. Doumergue fügte hinzu, er erinnere sich nicht, ob obiges in eine bestimmte Formel gefaßt

sei, er verspricht aber, im Archiv des Ministeriums nachzuforschen und die von uns ausgesprochenen Wünsche im Auge zu behalten.

Bisher hatte ich nicht die Möglichkeit, das Gespräch über diesen Gegenstand mit Poincaré zu erneuern; er ist noch in Eze. Aber ich werde mich bemühen, ihn sofort nach seiner Rückkehr zu sehen und mit ihm den Inhalt Ihres Schreibens zu besprechen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 29. April/12. Mai 1914.

Sir Edward Grey ließ mich bitten, zu ihm zu kommen, und sagte mir, als er mich empfing, daß er seit seiner Rückkehr aus Paris keine andere Gelegenheit gehabt habe, mich zu sehen, als in Gegenwart des französischen Botschafters, was ihm nicht gestattet habe, mir, wie er es für nötig halte, darzulegen, wie tief die Eindrücke seien, die er auf dieser Reise empfangen habe. Er sagte mir, er glaube nicht nur seine persönlichen Eindrücke wiederzugeben, sondern auch die des Königs und aller derer, die an dem Besuche teilgenommen hatten.

Grey sagte mir, daß diese Eindrücke seine Erwartungen bei weitem übertroffen hätten, daß er sich zu dem Empfange durch den Präsidenten der Republik und durch Doumergue nicht genug beglückwünschen könne, mit denen eine völlige Übereinstimmung über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt worden sei; daß darüber hinaus die Aufnahme Ihrer Majestäten überall, wo sie erschienen wären, und bei allen Gelegenheiten das Gepräge aufrichtiger Sympathie gehabt habe. Die englische Regierung hat hieraus den Schluß gezogen, daß der Grundgedanke der Entente in Frankreich ebenso tief Wurzel gefaßt habe wie in England und daß er infolgedessen auf einer ganz besonders festen und dauerhaften Grundlage ruhe.

Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete, als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die

Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden werden zu können.

Grey sagte mir, es sei ihm zu seinem Bedauern in dieser ersten Woche nicht möglich gewesen, das Kabinett zu diesem Zwecke zu versammeln; die Ulster-Frage und das Budget beanspruchten die ganze Aufmerksamkeit der Minister.

Ich habe nur wenige Worte erwidert. Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilung und sagte ihm, daß ich ihre ganze Tragweite zu würdigen wisse. Ich faßte die Lage dahin zusammen, daß, wenn die beiden Regierungen uns ihre militärischen Abmachungen mitteilen, es der russischen Regierung vorbehalten sein würde, der englischen einen entsprechenden Vorschlag auf analoger Basis zu machen. Ich sagte ihm, ich nehme an, daß er die Ansicht Eurer Exzellenz über die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses der Tripelentente kenne, wobei selbst ein Bündnis nach dem Beispiele der drei andern Mächte nicht ausgeschlossen sei. Sir Edward erwiderte, ein Bündnis halte er nicht für möglich. Ich erwiderte, daß ich persönlich die Schwierigkeiten eines derartigen Bündnisses auch zugäbe. Er fügte nur noch hinzu: „Sie sehen ja, daß wir sogar heute kein Bündnis mit Frankreich haben."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 3./16. Mai 1914.

Der französische Botschafter teilt mir mit, Grey habe ihn gestern abend davon verständigt, daß er dem Ministerrate die

Antwort unterbreitet habe, die er in Paris Herrn Doumergue in seinem eigenen Namen gegeben hat, als der französische Minister ihm darlegte, wie angezeigt es sei, die russische Regierung von dem Briefwechsel zu verständigen, der zwischen der französischen und englischen Regierung stattgefunden hat, damit das Petersburger Kabinett Verhandlungen auf derselben Grundlage zum Abschlusse eines Abkommens über das eventuelle Zusammenwirken der russischen und englischen Flotte einleiten könne. Sir Edward habe hinzugefügt, der Ministerrat habe diese Antwort gebilligt. Er behalte sich vor, mich davon zu benachrichtigen; da aber der Vorschlag von Doumergue ausgegangen sei, halte er es für nötig, zunächst diesen von der Entscheidung des englischen Kabinettes zu verständigen.

Nach Ansicht Sir Edwards könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen:

Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir dieselben zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand haben, erfordert nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine beziehen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. Die Verhandlungen mit Frankreich haben seinerzeit in London stattgefunden, und die französischen Militär- und Marineattachés in London sind nach Paris gefahren, um sich die jeweilig notwendig werdenden Instruktionen zu holen. Schließlich hat sich Prinz Ludwig von Battenberg ganz inoffiziell nach Paris begeben, um die Abmachungen zu paraphieren.

Cambon meinte, daß es sich nach erfolgter Mitteilung des Schriftwechsels darum handeln würde, das weitere Verfahren zu bestimmen. Er sagte mir, daß nach der Ansicht Sir Edward Greys die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiral-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte.

Vertraulicher und persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Mai 1914.

Bei meiner Rückkehr von Paris nach London hatte mir Cambon mitgeteilt, Grey habe ihm das bestätigt, was er in seinem eigenen Namen Poincaré und Doumergue gesagt hatte. Grey hat hinzugefügt, das Kabinett sei seit seiner Rückkehr täglich wegen der Schwierigkeiten in Irland und wegen des Budgets zusammengekommen, so daß es ihm noch nicht möglich gewesen sei, mit seinen Kollegen an die wichtigen Tagesfragen heranzutreten, die die auswärtigen Angelegenheiten und die Pariser Besprechungen beträfen. Er habe diese Fragen 8—10 Tage zurückstellen müssen. Grey hat jedoch Asquith von seiner Reise Bericht erstattet. Ohne bisher das Kabinett zu verpflichten, hat dieser geantwortet, er sehe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gegen die Ausführung des in Paris in Aussicht genommenen Planes. Dasselbe hat Asquith seither Cambon selbst wiederholt. Letzterer hat feststellen können, daß der Ministerpräsident derartigen Plänen sehr wohlwollend gegenübersteht. Es handelt sich demnach um eventuelle militärische Abmachungen zwischen Rußland und England, analog den zwischen Frankreich und England bestehenden. Letztere würden uns vertraulich mitgeteilt werden, worauf die russische Regierung der englischen analoge Vorschläge zu machen hätte, welche sich der Natur der Sache nach mehr auf die Marine als auf das Landheer beziehen würden.

Es ist nicht anzunehmen, daß alle Mitglieder des Kabinetts von vornherein ohne jeden Widerstand ihre Zustimmung geben werden. Immerhin wird sich der feste Entschluß der wirklichen Führer des Kabinetts durchsetzen, woran ich durchaus nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zweifle, und dann werden die eigentlichen Verhandlungen beginnen können.

Wenn das soeben geschilderte Resultat erzielt sein wird, werden wir, glaube ich, die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen. Mein Aufenthalt in Paris und das Schauspiel, dem ich dort beigewohnt habe, haben mich von neuem in der Ansicht bestärkt, daß ein Bündnis oder irgendeine sonstige öffentliche Abmachung nicht möglich ist und daß, selbst wenn die englische Regierung sich dazu bestimmen ließe, das Resultat ein ganz anderes als das erwartete sein würde.

Ohne Zweifel ist der Empfang, der dem König und der Königin bereitet wurde, außerordentlich herzlich gewesen; viel herzlicher, sagte man mir dort, als bei früheren englischen Besuchen. Wenn man trotzdem die Unmöglichkeit erkannt hat, ein formelles Bündnis zwischen England und Frankreich abzuschließen, so wird das in noch viel höherem Grade zwischen Rußland und England der Fall sein.

Ich zweifle, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle finden ließe, als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen.

Wenn man auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblickt, wird sich nicht leugnen lassen, daß England in bedrohlichen Augenblicken niemals gezögert hat, sich auf Frankreichs Seite zu stellen; dasselbe gilt für Rußland jedesmal, wenn die englischen und russischen Interessen zugleich betroffen wurden, und dies trotz der Schwierigkeit, die Politik beider Länder in allen täglich auftauchenden Fragen auszugleichen, und trotz der Gründe, auf die einzugehen hier zu weit führen würde und wegen deren die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat wie zwischen Frankreich und England.

Der Grund ist darin zu suchen, daß ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis in England, vornehmlich, aber nicht ausschließlich, bei der liberalen Partei, auf eine so starke und

unverhüllte Opposition stoßen würde, daß ein großer Teil der beabsichtigten politischen Wirkung dadurch vereitelt werden würde. Ich glaube, daß unter solchen Umständen ein Bündnis nicht viel Wert hätte — es würde nur sehr wenig die Garantien erhöhen, die Frankreich und Rußland von England geboten werden, und würde andererseits ein sehr viel günstigeres Terrain für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht legt als je zuvor.

Um mich kurz zu fassen, möchte ich sagen, daß selbst derjenige Engländer, der fest davon überzeugt ist, daß ein Konflikt mit Deutschland früher oder später unvermeidlich ist, vor dem Gedanken zurückschrecken wird, England durch bestimmte Bündnisverträge zu binden, die ihm Verpflichtungen auferlegen würden, deren Bedingungen und Folgen sich jetzt noch nicht voraussehen lassen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914.

Sir Edward berief gestern Cambon und mich zu sich. Wie es mir mein französischer Kollege schon gesagt hatte, bestätigte mir der Staatssekretär, daß der englische Ministerrat die Antwort gebilligt hat, die er in seinem eignen Namen Doumergue in Paris gegeben hatte, als der französische Minister mit ihm von den Beziehungen zwischen Rußland und England sprach und darauf hinwies, wie nützlich gegebenenfalls vorherige militärische Abmachungen zwischen den Regierungen sein würden. Es handele sich nun zunächst darum, der russischen Regierung von seiten Englands und Frankreichs die beiden vertraulichen und geheimen Schriftstücke mitzuteilen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und englischen Regierung ausgetauscht worden sind.

Sir Edward hob hervor, daß der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven

Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht.

Sir Edward betonte, daß ohne solche vorherige Abmachungen ein sofortiges Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen würde.

Er fügte hinzu, England habe keine Einwendungen dagegen, daß ein Abkommen in demselben Geiste, wie er in dem Schriftwechsel zwischen Cambon und ihm zum Ausdruck komme, zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe vereinbart und abgeschlossen wird. Er erblicke in einem derartigen Abkommen dieselben praktischen Vorteile, die sich aus den Abmachungen mit Frankreich ergeben. Er teilte uns mit, daß er an ein Marineabkommen denke, weil dieses nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei und weil er im übrigen zu wissen glaube, daß dieses auch den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspreche.

Darauf übergab mir Sir Edward Grey eine Abschrift des Schreibens, das er am 22. November 1912 dem französischen Botschafter ausgehändigt hat, und Cambon übergab mir seinerseits mit Ermächtigung seiner Regierung eine Abschrift der Antwort, die er am folgenden Tage an Sir Edward Grey gerichtet hat.

Auf meine Frage erklärte Sir Edward, das zweckmäßigste wäre, unseren Marineattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen. Der Erste Lord der Admiralität sei ebenso wie die englischen Minister von unserm Plane unterrichtet. Der englische Admiralstab besitzt die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet worden sind. Was die übrigen Abmachungen betreffe, so könne das uns verbündete Frankreich den ihm nötig scheinenden Gebrauch von ihnen machen.

Indem ich Sir Edward für seine freundschaftliche Gesinnung dankte, beschränkte ich mich darauf zu erwidern, daß ich Euere Exzellenz sofort die Abschriften der beiden Schriftstücke übermitteln und Ihnen genau berichten würde, was er mir bei Überreichung der Abschrift gesagt habe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief Sir Edward Greys an den französischen Botschafter in London Paul Cambon vom 22. November 1912.

Von Zeit zu Zeit haben während der letzten Jahre die Sachverständigen der französischen und englischen Militär- und Marinebehörden miteinander beraten. Es war stets ausgemacht, daß solche Beratungen die Entschlußfreiheit jeder der beiden Regierungen nicht einschränken sollten, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern mit den Waffen beistehen solle oder nicht. Wir haben hierbei angenommen, daß derartige Beratungen von Sachverständigen kein Übereinkommen darstellen und als solches nicht angesehen werden sollen, durch das die eine oder die andere Regierung zum Eingreifen in eine Eventualität verpflichtet werden sollte, die noch nicht eingetreten ist und vielleicht niemals eintreten wird. So z. B. beruht die gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands nicht auf einer Verpflichtung, im Kriegsfalle gemeinsam zu operieren.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, man wissen müsse, ob sie in einem solchen Falle auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne. Ich bin ganz der Ansicht, daß, wenn die eine oder andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff einer dritten Macht oder eine andere drohende Friedensstörung zu erwarten, diese Regierung sich sogleich mit der anderen verständigen solle, ob beide Regierungen gemeinsam vorgehen werden, um den Angriff gemeinsam abzuwehren und den Frieden zu wahren und um zu erwägen, welche Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden sollten. Wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion einschließen, sollen die Pläne der Generalstäbe sofort berücksichtigt werden, und die Regierungen hätten hierauf zu entscheiden, wie weit ihnen Folge zu geben wäre.

Brief des französischen Botschafters in London Paul Cambon an Sir Edward Grey vom 23. November 1912.

Durch Ihren gestrigen Brief vom 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und Marinebehörden Frankreichs und Englands von Zeit zu Zeit miteinander beraten haben; daß es stets ausgemacht war, diese Beratungen sollten keiner Regierung die Freiheit nehmen, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern bewaffnete Hilfe leisten wolle oder nicht; daß beiderseits diese Beratungen zwischen den Sachverständigen keine Verpflichtung bildeten und nicht als solche angesehen werden sollten, welche die beiden Regierungen zwingen würde, in gewissen Fällen handelnd einzugreifen; daß ich Sie indessen darauf hingewiesen hätte, daß, wenn die eine oder die andere der Regierungen schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, es von Wichtigkeit wäre zu wissen, ob sie auf die bewaffnete Hilfe der andern rechnen könne.

Ihr Brief beantwortet diesen Punkt, und ich bin ermächtigt zu erklären, daß, im Falle eine der beiden Regierungen schwerwiegenden Grund hat, den Angriff einer dritten Macht oder eine Störung des allgemeinen Friedens zu befürchten, die betreffende Regierung sogleich mit der anderen die Frage prüfen solle, ob ein gemeinsames Vorgehen der beiden Regierungen angezeigt wäre, um den Angriff zu verhindern oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden die beiden Regierungen über die gemeinsam zu unternehmenden Maßnahmen beraten; wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion bedingen, würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe berücksichtigen, und es würde entschieden werden, wie weit diesen Plänen Folge zu geben sei.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Mai 1914. — Nr. 47.

Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, welches die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeinpolitischer Hinsicht eine besonders

große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem frankorussischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird. Ich habe die Aufmerksamkeit sowohl unseres Marineministeriums als auch besonders unseres Marineagenten in London vor allem darauf gelenkt, wie groß die politische Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ist, die letzterer mit dem englischen Admiralstabe zu führen haben wird. Der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag bezüglich der Form, in der die Vereinbarung abzuschließen ist, wird von uns als durchaus zweckmäßig anerkannt, und Kapitän Wolkow ist beauftragt, mit der englischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Die Prinzipien, die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht gezogen werden sollen, sind Gegenstand einer Beratung gewesen, die am 13./26. Mai beim Chef des Admiralstabes stattgefunden hat.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung füge ich ein Exemplar der in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse bei.

Anlage zu obigem Briefe.

Am 13./26. Mai 1914 fand beim Chef des Marinestabes eine Beratung statt zum Zwecke eines Gedankenaustausches über die bevorstehenden Verhandlungen wegen eines Abkommens zwischen Rußland und England, das das operative Zusammenwirken ihrer maritimen Streitkräfte betrifft, wenn vereinbarte kriegerische Operationen Rußlands und Englands unter Teilnahme Frankreichs stattfinden. Nachdem vor allem bemerkt wurde, wie erwünscht ein derartiges Abkommen sowohl vom speziell maritimen Standpunkte aus als ganz besonders in allgemeinpolitischer Hinsicht sei, gelangte die Beratung nach allseitiger Prüfung der Frage zu den unten folgenden Beschlüssen:

Vor allem wurde anerkannt, daß unser Marineabkommen mit England wie die frankorussische Marinekonvention zwar vereinbarte, aber gesonderte Aktionen unserer und der englischen Kriegsmarine ins Auge zu fassen hat.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Hinblick auf die strategischen Ziele, die von unserem Standpunkte aus für den Fall eines Krieges der Mächte der Tripelentente mit den Mächten des Dreibundes geltend zu machen sind, muß man unterscheiden: einerseits die Operationen in der Ostsee und der Nordsee, andererseits im Mittelmeer. In beiden müssen wir versuchen, von England Kompensationen dafür zu erhalten, daß wir einen Teil der deutschen Flotte auf uns abziehen. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze verlangen unsere Interessen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die unsrige ausgeglichen werden und es vielleicht gestattet sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern zu unternehmen. Sollte es möglich sein, diese Operation zu unternehmen, so würde die Ausführung wegen mangelnder Transportschiffe in der Ostsee außerordentlich erschwert werden. Die englische Regierung könnte uns daher wesentlich helfen, wenn sie es ermöglichen würde, vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in unsere baltischen Häfen zu schicken, damit der Mangel an Transportschiffen auf diese Weise ausgeglichen wird.

Die Lage im Mittelmeere berührt auch unsere Interessen sehr wesentlich, da, falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte in diesem Meer die Oberhand haben, ein Angriff der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer möglich wird, was für uns einen gefährlichen Schlag bedeuten würde. Von unserem Standpunkt aus ist es daher höchst wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Da die österreichisch-italienischen Seestreitkräfte den französischen überlegen sind, so ist es wünschenswert, daß England durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeer das Übergewicht der Ententemächte wenigstens so lange sicherstellt, als die Entwicklung unserer eignen Flotte uns nicht gestattet, diese Aufgabe zu übernehmen. Erwünscht wäre auch die Zustimmung Englands dazu, daß unsere Schiffe die englischen Häfen im östlichen Mittelmeere als Basis benutzen können, ähnlich wie die französische Marinekonvention uns gestattet, uns im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen.

Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfalle ins Auge zu fassen.

Außerdem erkannte die Konferenz als wünschenswert an, daß im geplanten Marineabkommen zwischen uns und England die Beziehungen zwischen den russischen und englischen Flotten in allen Einzelheiten festgesetzt werden. Zu diesem Zwecke wird es notwendig sein, sich über Signale und Spezialchiffren, über Radiotelegramme und die Beziehungen zwischen dem englischen und russischen Marinestabe zu verständigen.

Es ist außerdem notwendig, daß Informationen über die Flotten anderer Mächte, wie auch über die eigene Flotte, und besonders über technische Einzelheiten, Instrumente und Erfindungen zwischen den beiden Marineressorts ausgetauscht werden.

Nach Ansicht der Konferenz müßte nach dem Beispiele der frankorussischen Marinekonvention auch ein periodischer Meinungsaustausch zwischen den Chefs des russischen und des englischen Admiralstabes vereinbart werden.

Geheimer Bericht des russischen Marineagenten in London an den Chef des russischen Admiralstabes vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 182.

Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz über den Ankauf des Chile gehörigen Dreadnought sowie über das mit England in Aussicht genommene bedingte Abkommen zu berichten.

Vor meiner Abreise nach Petersburg schien es festzustehen, daß die Regierung von Chile dem Verkaufe endgültig zustimmt und daß daher ein solcher in allernächster Zeit abgeschlossen werden könnte.

Nach meiner Rückkehr hierher und nach einer Besprechung mit der Firma Armstrong ergibt sich folgende Lage: obwohl der Marinerat in Chile den Verkauf beider Dreadnoughts gebilligt hatte, hat es die Regierung nicht für möglich befunden, diesen Beschluß zu bestätigen, obwohl bis jetzt noch keine end-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gültige Absage von ihrer Seite erfolgt ist. Dieser Umschwung ist ausschließlich auf den hiesigen chilenischen Gesandten zurückzuführen.

Letzterer hat noch vor Beginn unserer Verhandlungen einmal geäußert, daß er es für möglich halte, die Schiffe nur an England zu verkaufen. Da Armstrong dies weiß, so ist er der Ansicht, daß das einzige Mittel, uns wenigstens ein Schiff zu sichern, darin besteht, daß unser Botschafter Grey bittet, dem Gesandten von Chile zu bedeuten, daß England den Verkauf gern sehen würde. Es ist noch zweifelhaft, ob Grey sich zu einem solchen Schritte entschließen wird. Sollte dies der Fall sein, so können wir damit rechnen, wenn nicht alle beide, so doch wenigstens ein Schiff kaufen zu können. Nachdem Grey nach London zurückgekehrt sein wird, werde ich diese Erwägungen unserem Botschafter unterbreiten und ihn um seine Unterstützung bitten.

Was das in Aussicht genommene Marineabkommen mit England betrifft, so habe ich nach einer Unterredung mit dem Prinzen Battenberg folgendes feststellen können: Die englische Regierung eilt nicht mit dieser Frage, und die Beschleunigung geht von Frankreich aus. Der Prinz beabsichtigt, mit seiner Gemahlin im kommenden August nach Rußland zu reisen, und er ist beauftragt, diese Frage mit dem Marineminister und mit Ihnen zu besprechen. Vor seiner Abreise wird er mich zu einem Meinungsaustausche zu sich bitten, um sich zu den weiteren Verhandlungen vorzubereiten, die dann in Petersburg stattfinden werden. Seine Hoheit ist mit diesen Verhandlungen vollkommen einverstanden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1914.

Ich habe gestern Grey benachrichtigt, daß Kapitän Wolkow aus Petersburg zurückgekehrt sei und die Ermächtigung erhalten habe, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Grey antwortete, daß er den Ersten Lord der Admiralität hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Grey, daß bedauerlicherweise gewisse Indiskretionen in dieser Angelegenheit gemacht worden wären und daß sich zuerst

deutsche und dann auch andere Zeitungen mit dieser Frage befaßt haben. Er bedauert dies um so mehr, als er eine an ihn im Unterhause gestellte diesbezügliche Frage zu beantworten haben wird.

Ich antwortete ihm, daß ich meinerseits diese Indiskretionen außerordentlich bedauere, die sich nur allzuhäufig wiederholten, ich sei überzeugt, daß Euere Exzellenz diesen Standpunkt teile, und ich teilte ihm mit, daß die Nowoje Wremja eine Widerlegung veröffentlicht habe. Grey wußte dies nicht und war hiermit sehr zufrieden. Er bat mich, ihm den Text zukommen zu lassen. Er teilte mir hierauf in allgemeinen Umrissen die Antwort mit, die er im Parlamente zu geben gedenkt und die unsere Verhandlungen ebenso wie die mit Frankreich stattgefundenen decken würde. Ich antwortete ihm, daß es mir zweckmäßig erscheine, die Sache von diesem Standpunkte aus anzufassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Mai/12. Juni 1914. — Nr. 149.

Grey sagte mir, daß er Ihre offenen und freundschaftlichen Erklärungen hinsichtlich der türkischen Marine sehr hoch schätze. Wenn die englische Regierung geglaubt hätte, daß die Entwicklung der türkischen Flotte eine Gefahr für Rußland bedeute, so hätte man den englischen Offizieren nicht erlaubt, in türkische Dienste zu treten. Da diese Erlaubnis jedoch nur erteilt worden ist, um es der türkischen Flotte zu ermöglichen, die Unabhängigkeit der Türkei zu verteidigen, so würde jede Verschiebung des in Aussicht genommenen Zieles von der englischen Regierung nicht gebilligt werden. Grey fügte hinzu, daß eine Absage dazu geführt hätte, daß die türkische Regierung sich an Deutschland gewandt hätte, was den Interessen Rußlands und Englands in gleicher Weise zuwiderlaufe. Was die Bestellung und den Kauf von Schiffen in England anbelange, so verfügt die Regierung über kein legales Mittel, sich diesen zu widersetzen. Immerhin ist der englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt worden, bei der Pforte vorstellig zu werden, und in mehr indirekter Weise sollen auch die englischen Offiziere in Konstantinopel sich in demselben Sinne aussprechen. Diese Erklärungen haben jedoch zu dem Resultate geführt, daß ohne vorherige

Benachrichtigung der englischen Regierung und ohne jede Mitwirkung der englischen Marinemission zwischen der türkischen Regierung und den englischen Schiffswerften direkte Kontrakte unterzeichnet worden sind, die sich dem Einflusse der Regierung durchaus entziehen. Grey teilt Ihre Ansicht, daß man Verwicklungen mit Griechenland zu befürchten habe, wenn die Türkei besser gerüstet sein wird; doch hofft er immer noch, daß in Konstantinopel die Vorsicht die Oberhand behalten wird. Sollte die Krise akut werden, so ist die Londoner Regierung bereit, sich ohne Verzug mit uns zu verständigen und über die zu beobachtende Haltung zu beraten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 31. Mai/13. Juni 1914. — Nr. 150.

Ihr Telegramm Nr. 1137 erhalten. Ich habe dieser Tage mehrfach mit dem Auswärtigen Amte verhandelt. Die Schwierigkeit besteht darin, daß der Gesandte von Chile sich nicht nur einem Verkaufe an Rußland, sondern überhaupt jedem Verkaufe widersetzt. Vorgestern sagte mir Grey, er werde eine günstige Gelegenheit benutzen, um dem Gesandten gegenüber soweit wie möglich zu gehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 12./25. Juni 1914. — Nr. 167.

Grey sagte mir heute, er sei durch die in der deutschen Presse zirkulierenden falschen Gerüchte über den Inhalt der angeblichen Marinekonvention zwischen England und Rußland in Verbindung mit der Meerengenfrage sehr beunruhigt; er habe es für nötig gehalten, hierüber vertraulich mit Lichnowsky zu sprechen, der sich nach Kiel begibt, wo er den Kaiser sehen wird. Grey hat dem Botschafter versichert, daß seit fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden ist; er hat versichert, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits weder ein Bündnis noch eine Konvention besteht. Er hat ihm jedoch gesagt, er wolle ihm keineswegs verheimlichen, daß die Intimität zwischen den drei Regierungen in diesen letzten Jahren so groß

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geworden ist, daß sie sich bei allen Gelegenheiten über alle Fragen verständigt hätten, ganz als ob sie Verbündete wären. Andererseits bestätigte er, daß im Laufe dieser Jahre solche Verhandlungen niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen, noch sich auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen hätten [1]).

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Juni 1914.

Unmittelbar vor der Abreise unseres Kuriers beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern wieder eine lange Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt habe, den ich auf

---

[1]) An dieser Stelle ist die Beantwortung der Anfragen King und Byles durch Sir Edward Grey im englischen Unterhause im Juni 1914 zu erwähnen:

Mr. King fragt, ob in letzter Zeit irgendein Marineabkommen zwischen Rußland und England abgeschlossen worden ist, oder ob irgendwelche Verhandlungen, die sich auf ein Marineabkommen beziehen, in letzter Zeit stattgefunden haben oder augenblicklich zwischen Rußland und England stattfinden.

Sir William Byles fragt den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob er irgendeine Mitteilung bezüglich eines angeblichen neuen Marineabkommens zwischen England und Rußland machen kann; wie weit ein derartiges Abkommen unsere Beziehungen zu Deutschland beeinflussen würde; und ob er dem Hause Dokumente vorlegen will.

Sir Edward Grey: Der Vertreter von North Sommerset hat im letzten Jahre eine ähnliche Anfrage, die sich auf militärische Kräfte bezog, gestellt, und der Vertreter von North Salford hat an demselben Tage eine ähnliche Frage wie heute gestellt. Der Premierminister hat damals geantwortet, daß, wenn ein Krieg zwischen europäischen Staaten ausbrechen sollte, es keine unveröffentlichten Verträge gibt, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments beeinträchtigen oder einschränken könnten, zu beschließen, ob England an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht. Diese Antwort deckt beide auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Sie bleibt heute ebenso richtig, wie sie es vor einem Jahre war. Keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht sind seither zu irgendeinem Abschlusse gebracht worden, welche die Erklärung weniger richtig machen würden. Keine derartige Verhandlungen finden augenblicklich statt, und soweit ich urteilen kann, ist es nicht wahrscheinlich, daß man in solche Verhandlungen eintreten wird. Sollte jedoch ein Abkommen getroffen werden, welches es nötig machen sollte, die letztjährige Erklärung des Premierministers zurückzuziehen, so müßte meiner Ansicht nach ein derartiges Abkommen dem Parlamente mitgeteilt werden, und ich nehme an, daß dies auch in der Tat der Fall sein würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die ernste Gefahr einer Erkaltung unserer Beziehungen zu England wegen der persischen Frage hinwies. Ich setzte hierbei voraus, daß die in letzter Zeit in England bemerkbare Beunruhigung und Erregung wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, daß in diesem Lande wieder Befürchtungen hinsichtlich der Stellung Englands in Indien laut werden. Sir George Buchanan gab zu, daß meine Annahme zum großen Teile zutrifft. Infolgedessen habe ich ihm nochmals alle Argumente wiederholt, die beweisen, wie unbegründet derartige Befürchtungen seien, und ich habe sogar angedeutet, daß wir, wenn dies erwünscht sein sollte, der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung diesbezügliche beruhigende Erklärungen in der allerbestimmtesten Form abgeben könnten.

Ich habe mich einstweilen mit diesen Andeutungen begnügt, doch erscheint es mir durchaus möglich, später im Zusammenhang mit unseren weiteren Verhandlungen England vorzuschlagen, ihm eine ebenso wirksame Garantie seiner indischen Besitzungen zu geben, wie dies im Jahre 1902 von seiten Japans erfolgt ist.

Im jetzigen Zeitpunkte scheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben, und Seine Majestät hat geruht, sich gestern dem englischen Botschafter gegenüber in meinem Beisein in diesem Sinne auszusprechen. Zum Schlusse will ich erwähnen, daß Sir George Buchanan gestern vom Kaiser in spezieller Audienz empfangen worden ist, um einen eigenhändigen Brief König Georgs zu übergeben. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt und drückt die Hoffnung Seiner Majestät aus, daß die Beziehungen Rußlands und Englands wegen der persischen Fragen keine Trübung erleiden werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1914.

Ich habe Ihren sehr vertraulichen Brief vom 12./25. Juni erhalten. Die Antwort, die Ihnen Sir George Buchanan auf Ihre Erklärung, daß es sich in England um ein Wiederaufleben der alten Befürchtungen für Indien handelt, gegeben hat, ist

zwar richtig, muß jedoch durch einige weitere Worte ergänzt werden.

Da die Sicherheit Indiens eine Folge der politischen Entente zwischen Rußland und England ist, so ergibt sich hieraus, daß sowohl die öffentliche Meinung als auch die Regierung Englands in völligem Vertrauen zu unseren Absichten keinerlei Befürchtungen hegen, solange diese Entente besteht. Sollte letztere aufhören, so würden natürlich auch jene Befürchtungen wiederaufleben. Es handelt sich also nur um eine Hypothese, an die man jedoch nur dann denkt, wenn die Entente durch die Ereignisse in Persien bedroht zu sein scheint. Es scheint mir wichtig, diesen Unterschied zu betonen, denn die englischen Befürchtungen gehen nicht weiter, als ich eben angedeutet habe.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß man anläßlich bestimmter Modifikationen unserer jetzigen Vereinbarungen eine Formel finden könnte, die die Sicherheit Indiens in noch unmittelbarerer Weise zum Ausdruck bringt; dies würde unsere Entente nur noch enger gestalten.

Die Unterredungen, die ich in den letzten Tagen mit Grey gehabt habe, beweisen dies in ebenso deutlicher wie überzeugender Weise. Ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um die Verhandlungen zwischen Kapitän Wolkow und der englischen Admiralität zu beschleunigen. Ich sehe keinen Hinweis darauf, daß die englische Regierung die geringsten Bedenken hegt, das in Paris beschlossene Projekt auszuführen. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Frage seither in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen hat: sie erblickt hierin eine praktische Notwendigkeit und eine natürliche Folge der Entente. Wenn die Sache sich bis jetzt hingezogen hat, so ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, wovon man mich übrigens gleich zu Anfang verständigt hatte, daß die Regierung den Prinzen Louis von Battenberg beauftragen will, die Verhandlungen in Petersburg zum Abschlusse zu bringen. Das genaue Datum dieses ganz privaten Besuches, über den nichts in die Öffentlichkeit dringen sollte, ist noch nicht bestimmt. Natürlich hängt der Zeitpunkt dieses Besuches nur in geringem Maße von dem Prinzen Louis selbst ab.

Ein Umstand, der auf den ersten Blick hin nur untergeordnete

Bedeutung hat, in Wirklichkeit aber viel wichtiger ist, als man anzunehmen geneigt ist, hat bis jetzt bis zu einem gewissen Grade die vorbereitenden Verhandlungen Kapitän Wolkows beeinträchtigt. Ich spreche von den begangenen Indiskretionen. Es ist richtig, daß diese, wahrscheinlich in Paris begangen, nicht weiter verwundern. Immerhin muß bemerkt werden, daß niemals etwas über das englisch-französische Abkommen bekannt geworden ist.

Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses Mal die Beunruhigung in Berlin eine sehr große gewesen ist. Vielleicht will Sir Edward Grey, daß diese Beunruhigung sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt. Es ist in der Tat richtig, daß es ihm schwerfallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln — eine Rolle, die er sowohl Deutschland als auch einem sehr beträchtlichen Teile seiner eigenen Partei und der englischen Presse gegenüber spielen müßte.

Selbstverständlich wird Ihre Aussprache mit dem englischen Botschafter einen guten Einfluß ausüben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1914.

Ich habe Ihnen heute nur wenig Interessantes zu berichten.

Gestern sagte mir Grey, er habe in den letzten Tagen weiter keine beunruhigenden Nachrichten aus Wien und Berlin erhalten. Immerhin schien er nicht sehr beruhigt. Er hält den Ausbruch nationaler Leidenschaften für recht gefährlich, um so mehr als es nur wenig Elemente gibt, die imstande wären, diese Leidenschaften zurückzudämmen. Er sagt, daß wir nicht mehr darauf rechnen können, daß Deutschland unter allen Umständen der „Friedensstifter" ist. Nicolson ist weniger beunruhigt. Sein Standpunkt ist der, daß Kaiser Franz Joseph noch weniger als im vorigen Jahre kriegerische Verwicklungen wünschen kann und daß der Erzherzog Franz Ferdinand, welcher der Aktionspartei als Führer hätte dienen können, nicht mehr da ist. Ich habe keinen Zweifel, daß Grey in Berlin und Wien eine sehr deutliche Sprache geführt hat. . . . . .

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN